

Niedergang der Demokratie

Seit 2004 wurde die Qualität von Demokratien weltweit schwächer und die Autokraten unterdrücken stärker, fand die Bertelsmann-Stiftung 2020. Sie hatte 137 Länder untersucht. Damals waren 63 Länder Autokratien und 74 Demokratien. 3,4 Milliarden Menschen lebten in Autokratien, 3,2 Milliarden in Demokratien.

Aber nicht alle Demokratien sind noch so gut, wie früher. Bedenklich ist, dass die Gewaltenteilung in insgesamt 60 Staaten ausgehöhlt wurde. Die Meinungs- und Pressefreiheit sank in der Hälfte der Länder. Das hat auch wirtschaftliche Auswirkungen. Waren 2010 noch 38 Prozent der untersuchten Länder finanziell stabil, liegt dieser Anteil 2020 bei nur noch 20 Prozent. Nur in einigen Ländern gibt es Fortschritte bei der Korruptionsbekämpfung, oder einen Wandel hin zur Demokratie (Tunesien). Aber: Immer öfter tragen gewählte Staats- und Regierungschefs zum Abbau der Demokratie und zur Spaltung der Gesellschaft bei (z.B. Ungarn, Polen).

Eine Umfrage im Frühjahr 2022 fand, dass fast ein Drittel der Deutschen glaubt nicht mehr in einer Demokratie zu leben: „31 Prozent äußerten in einer repräsentativen Befragung die Einschätzung, in einer „Scheindemokratie“ zu leben.“ Auffallend ist die Spaltung in Ost und West: In Westdeutschland sind 28 Prozent der Ansicht, in einer „Scheindemokratie“ zu leben. In den ostdeutschen Bundesländern werde diese Meinung von 45 Prozent der Befragten vertreten. Ob da auch frühere Illusionen ehemaliger DDR-Bürger eine Rolle spielen? 28 Prozent aller Deutschen finden laut der Umfrage, dass das demokratische System in Deutschland „grundlegend geändert“ gehöre. Leider wird nicht ausgeführt, wie.

Jedoch fand 2020 eine Umfrage, dass 30 Prozent der Bürger Verschwörungstheorien für wahrscheinlich hielten; dabei wurden vor allem Wirtschaftsunternehmen und Banken, Geheimdienste oder reiche Familien wie die Rockefellers oder Rothschilds als „Geheime Mächte“ angeführt. Bei den Wählern der AfD glauben sogar 56% an diese „Geheimen Mächte“. Allerdings muss man diese Ergebnisse mit Vorsicht genießen, denn was für den einen eine „Weltverschwörung“ ist, sehen andere vielleicht eher als Bayerische Amigo- oder Masken-Affäre. In jedem Fall weist die Umfrage darauf hin, dass Transparenz für eine Demokratie wichtig ist.

Schon 2021 fand ebenfalls das Meinungsforschungsinstitut Allensbach, dass nur noch knapp die Hälfte aller Deutschen der Ansicht ist, ihre politische Meinung frei äußern zu können. Das war der niedrigste Wert seit Beginn der Umfragen 1953! Teilweise mehr als die Hälfte meint man sollte sich bei bestimmten Themen zurückhalten. Wieder stellt sich die Frage, ob das vernünftige Gründe hat, oder ob manche meinen man müsse ungebremst Hass und Unflat äußern können. Sobald man sich ernsthaft und zivilisiert äußert, scheint mir das kein Problem. Aber

auch vernünftige Ansichten rufen bei manchen Leuten Aggressionen hervor, so dass sich manche Vernünftigen an Debatten auf Leserbriefseiten, oder in entsprechenden Medien nicht mehr beteiligen.

Kürzlich veröffentlichte die EU eine Studie, die zeigt, dass in vielen Ländern der Europäischen Union extrem-rechte Gruppen und Parteien Zulauf haben, die längst keinen Hehl mehr daraus machen, dass sie die demokratischen Strukturen zerstören wollen. Verschärft wird die Situation dadurch, dass sich die Akteure längst zu einem europaweiten Netzwerk zusammengeschlossen haben. Die grenzüberschreitende Basis der Rechtsextremen seien „ideologische Elemente, wie Intoleranz gegenüber Minderheiten, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“.

Zu den Gründen für diese Entwicklung heißt es: „Zentral seien die Unwägbarkeiten der Globalisierung, die Ablehnung multikultureller Gesellschaften und die Angst vor dem sozialen Abstieg.“ Man kann das auch als Angst vor Unsicherheit, vor Fremdem und vor dem Verlust des Wohlstands zusammenfassen. Diese Ängste dürften allerdings weit über die rechten Kreise hinaus wirksam sein, was befürchten lässt, dass die Rechten weiter Zulauf bekommen könnten. Das könnte aber auch ein Hebel sein, um diese Entwicklung zu bremsen (mehr dazu unten).

In Deutschland stieg die Zahl der gemeldeten rechtsextremistischen Übergriffe im Jahr 2020 auf weit über 23 000 stark an, davon knapp über 1000 Gewaltdelikte. Das ist der höchste Wert in den vergangenen zwanzig Jahren. Sorgen machen den Wissenschaftlern rechte Parteien, die in immer mehr Parlamenten sitzen. Sie vermeiden dort rechtlich angreifbare Aussagen, schaffen aber ein Klima des Hasses und verwischen so die Grenzen zur extremen Rechten. Die Forscher folgern: „Straftaten müssten konsequenter verfolgt werden. Die rechtlichen Grundlagen dafür seien in allen Staaten gegeben, bisweilen fehle allerdings der Wille der Ermittlungsbehörden.“ Kurz die Polizei ist manchmal auf dem rechten Auge blind und Gerichte bewerten manche politisch motivierte Tat als „Dumme Jungenstreiche“ und fällen milde Urteile.

Bereits 2020 kam in einem Beitrag auf „Pro Sieben“ ein AfD- Funktionär indirekt zu Wort, der forderte: „Es müsse Deutschland schlechter gehen - je schlechter, desto besser für die AfD. Die AfD müsse dafür sorgen, dass es Deutschland schlechter gehe.“ Bezogen auf Minderheiten meinte er, laut eidesstattlichen Versicherungen von Zuhörern, dass man die Migranten dann „erschießen oder vergasen“ könne.

Im selben Film beschrieb der Chef des Thüringer Verfassungsschutzes Stephan Kramer die immer breiter und selbstbewusster werdende rechtsextreme Szene: "Man geht aus der Deckung, man ist selbstsicher." Er mache sich mittlerweile "ernsthafte Sorgen um unsere Demokratie".

Sind das nun ähnliche Entwicklungen, wie in der Weimarer Republik, oder wie ist das einzuordnen? Einige der erwähnten Entwicklungen sind schwer zu bewerten. Was sollte denn an der Demokratie „grundlegend verändert“ werden? Ein anderes Wahlsystem, oder mehr direkte Demokratie, wie in der Schweiz, oder mehr Beteiligung von Bürgern? Ohne klare Vorstellungen, was die Befragten ändern würden, muss man mit Bewertungen vorsichtig sein.

Auf jeden Fall bedenklich ist die zunehmende Spaltung der Gesellschaft in Arme und Reiche. Auch dass man durch Armut ausgeschlossen werden (man kann nicht in die Kneipe, kein Kino, oder kein Theater, keine Ausstellungen oder Museen besuchen, weil das Geld dafür nicht langt), bedeutet nicht nur ein Gefühl der Deklassierung, sondern verhindert auch den

Meinungsaustausch am Stammtisch oder anderen Treffen, die eigentlich zur Meinungsbildung beitragen sollten. Auch wer mehrere Arbeitsstellen braucht, um finanziell über die Runden zu kommen, hat oft wenig Zeit und Kraft für eine Teilnahme an der demokratischen Meinungsbildung. Daher dürfte manche seltsame oder fragwürdige politische Ansicht das Ergebnis eines gedanklichen Kurzschlusses sein, also auf ungenügender Kenntnis, oder unzureichendem Nachdenken beruhen. Selbst Politiker äußern zuweilen falsche Dinge.

Ganz sicher spielen die digitalen Medien eine Rolle, voran diejenigen, die sich selbst als „Soziale Medien“ bezeichnen, aber keinerlei Qualitätskontrolle ausüben und in denen man auch jeden Unsinn findet. Dass dort die Nachdenklicheren und Vernünftigeren keine Lust mehr haben ständig Falschaussagen zu korrigieren (und sich dafür auch noch beschimpfen zu lassen), ist verständlich. Außerdem sind die Rechenverfahren (Algorithmen) oft darauf ausgelegt den Benutzer möglichst lange zu fesseln, etwa indem immer noch etwas aufreizendere Beiträge angezeigt werden. Es kann also eine Tendenz zur Verschärfung von Aussagen vom Anbieter gefördert werden, was der Laie aber weder erkennen noch beurteilen kann. Das „Fesseln“ auf einer bestimmten Seite, bei einem bestimmten Dienst, führt aber zudem dazu, dass man weniger andere Meinungen zu hören oder zu sehen bekommt. Das kann dazu führen, dass man sich in einer Art Blase oder abgeschlossenen Gruppe bewegt, wie einst die Mitglieder der RAF, und für andere Ansichten nicht mehr erreichbar ist.

Ein weiteres Problem ist die Verkürzung von Inhalten auf wenige Zeichen (z.B. Twitter), wodurch manchmal wesentliche Teile der Information verloren gehen, was nicht nur zu Missverständnissen führen kann, sondern sogar schon fast zu einer Mobilmachung führte, weil ein asiatischer Politiker eine Nachricht ungeprüft ernst nahm. Auch bei solchen Diensten fehlt es meist an einer Qualitätskontrolle, wie sie in seriösen Medien üblich ist.

Seriöse Medien, die immer rarer werden, stellen Sachverhalte und deren Bedeutung so vor, dass man auch verschiedene Ansichten erfährt. Etwa indem die Ansicht der Regierung und die der Opposition, oder von Betroffenen vermittelt werden. Dass die Zahl seriöser Medien sinkt hängt nicht nur mit dem Internet, sondern auch mit dem Gewinnstreben der Verlage zusammen, die möglichst viele kleine – ursprünglich selbständige – Blätter aufkaufen, die Lokalredaktionen schließen und fast alles aus einer „Zentralredaktion“ liefern lassen, die häufig auf die Deutsche Presse Agentur zurückgreift, die ursprünglich als Nachrichten-Lieferant für alle gedacht war, heute aber oft direkt und unverändert übernommen wird, so dass der Eindruck einer einheitlichen Presse entsteht. Laien mutmaßen dann, dass die Presse von der Politik gelenkt werde; nein, es ist das Gewinnstreben der Verlage, das versucht möglichst viele Nutzer mit möglichst wenig Aufwand zufrieden zu stellen. Man sieht das oft an der Qualität der Fotos, die häufig unterbelichtet, oder nichts sagend sind, während daneben erstklassige professionelle Aufnahmen auftauchen, die aber häufig von Werbeagenturen und Werbetreibenden kostenlos bereit gestellt wurden.

Die eigentliche Aufgabe der Medien wird immer öfter vernachlässigt. Sie war einerseits alles Wissenswerte zu erfassen und davon das zu vermitteln, was der Bürger braucht, um sich seine Meinung bilden zu können. Zugleich sollten die Medien darstellen, was die Politik will und ob und wie sie das umsetzt. Umgekehrt sollten die Medien aber auch beobachten, welche Nöte die Bürger haben, auf die die Politik bisher ungenügend reagiert hat.

Das „Demokratische Dreieck“ besteht aus Wähler und Gewählten (oder zur Wahl stehenden) und als Drittem den Medien, die der Vermittler zwischen beiden Gruppen sein sollten. Diese Aufgabe ist in manchen Blättern längst durch „Content“ (Befriedigendes) ersetzt worden, wobei man durch Meinungsforschung und Analyse der Webseiten-Nutzung vor allem das bringt, was die Nutzer anklicken, denn das bringt Geld. Das ist aber kein Journalismus mehr, sondern eine Form von „Wunschkonzert“. Damit fehlen verlässliche Informationen über das, was für die Demokratie wichtig wäre. Kein Wunder, wenn viele Angst haben, weil es ihnen an Orientierung fehlt.

Ein beachtlicher Teil der weltweiten Bürger informiert sich daher schon gar nicht mehr über die Nachrichten. Laut einer Studie von 2022 beachten nur noch 57% der Internetnutzer Nachrichten. Das sind zehn Prozent weniger als 2021. Die Anderen finden manche Themen ermüdend (was man bei der Pandemie zwar verstehen kann, aber dennoch sollte man Bescheid wissen), bekommen schlechte Laune auf Grund der Meldungen, und sind erschöpft auf Grund der vielen Nachrichten. Bei den 18 - 24 Jährigen sind es sogar nur noch 31%, die sich über Nachrichten informieren! 65% der über 90 000 Befragten versuchen sogar gelegentlich Nachrichten aus dem Weg zu gehen. Wobei das Vertrauen in die Nachrichten in Deutschland im oberen Drittel der untersuchten Staaten lag. Man muss sich nicht wundern, wenn in Demokratien das Vertrauen etwas größer ist, als in Autokratien, weil dort die Medien gelenkt werden.

Auch diese Zahlen sind mit Vorsicht zu genießen, denn wenn jemand mehr Nachrichten aufruft, als er oder sie verkraftet, entspricht er einem Menschen, der mehr isst, als er braucht. Ist das als Mangel an Selbstdisziplin zu verstehen, oder sind sie Opfer der Bemühungen der Anbieter die Nutzer zu fesseln? Oder fehlt es an dem nötigen Wissen, wie man mit Medien umgeht? Oder ist den Menschen nicht mehr klar, welche Nachrichten sie tatsächlich brauchen?

Leider muss man feststellen, dass es immer mehr Medien gibt, denen es nur um das Geschäft und nicht um die Demokratie geht, die daher eigentlich belanglos, oder gar schädlich sind. Wenn aber die demokratische Meinungsbildung der Bürger leidet, leidet auch die Demokratie.

Was tun?

Die Lage ist bedenklich, aber dennoch sollte man versuchen die Gründe zu verstehen und Gegenmaßnahmen zu entwickeln. Wobei diese Maßnahmen nicht gegen die Menschen gerichtet sein sollten, sondern ihnen helfen sich in dieser Welt zurecht zu finden, und zugleich die Demokratie zu erhalten, oder sogar zu verbessern.

Ein erheblicher Teil der Gründe beruht darauf, dass man den neoliberalen Thesen so genannter Wirtschaftswissenschaftler folgte (Privatisierung von Bahn und Post; schlanker Staat; alle sollen sich wie eine Marke verhalten und sich in Konkurrenz zu allen Anderen selbst verkaufen). Schon Alfred Nobel erkannte, dass Wirtschaftswissenschaften keine echte Wissenschaft sind, weil sie ihre Theorien nicht durch Versuche beweisen kann. Der so genannte „Wirtschaftsnobelpreis“, der kein Nobelpreis ist, wurde von einer Bank gestiftet.

Die Wirtschaft diene Jahrtausende lang den Menschen. Heute soll der Mensch der Wirtschaft dienen, damit die Stärksten den meisten Gewinn machen. Dass das den Gesellschaften nicht gut tut, kann man sich denken. Vor allem, wenn man eigentlich auf einander angewiesen ist, aber sich Einige selbstüchtig und rücksichtslos verhalten. Zum Niedergang der Fachgeschäfte

führten all jene, die sich dort beraten ließen, aber beim Billigheimer einkauften. Das war eine Form von Beratungs-Diebstahl, gegen den die Fachgeschäfte machtlos waren.

Solche Erscheinungen gibt es viele: Etwa der Kauf breiterer Autos, die nicht mehr in die Garage passen, weshalb man das Auto dann auf der Straße parken muss und Anderen, die keine Garage haben, den Platz streitig macht. Oder der Rückzug der Bahn aus der Fläche samt Stilllegung von Strecken, die für die Bürger auf dem Lande dazu führte, dass sie ein Auto brauchen. Wieder werden die Ärmern benachteiligt! Genau so die Abschaffung vieler Industriegleise durch die Bahn, so dass mehr Güter auf der Straße transportiert werden müssen, statt weniger. Die riesigen Parkplätze an der Autobahn für die Ruhepausen der Fahrer bezahlen aber alle Bürger, nicht die Bahn, sondern die nutzt sie mit ihrer Spedition ebenfalls.

Kurz wir haben eine Menge an Entwicklungen, die nicht im Interesse der Allgemeinheit sind, die aber häufig der Illusion folgen, dass „der Markt es schon richten werde“. Die Vielzahl der Fehlentwicklungen bedeutet aber auch, dass der Einzelne oft die Übersicht verliert und sich selbst als Spielball fremder Mächte erlebt. Damit sind einige Gegenmaßnahmen klar:

1. Das was geschieht muss so beschrieben und vermittelt werden, dass der Einzelne, wenn es ihn interessiert, nachvollziehen kann, warum etwas geschieht. Wenn das redlich und anständig geschieht, wird man darauf kommen, dass man über Jahrzehnte falschen Propheten (Wirtschafts-“Wissenschaftlern“) gefolgt ist, obwohl man durch etwas Nachdenken und saubere Information über die Zusammenhänge, schon lange hätte erkennen können, dass es sich um Fehlentwicklungen handelt, die mit vielen Worten vernebeln, dass sie das „Recht des Stärkeren“ fördern, statt einer Demokratie, die auch Minderheiten schützt.
2. Wer dann noch ein gesundes Selbstvertrauen hätte und seine Fähigkeiten gut einschätzen kann, der wäre in der Lage Einfluss zu nehmen, statt sich als Spielball zu empfinden. Dazu würde gehören, dass man Kindern gleiche Chancen gibt und eine Bildung, die jeden so weit führt, wie es seine Fähigkeiten zulassen. Dazu würde gehören, dass man:
 1. Kindern Spielraum bieten müsste. Das Gegenteil ist der Fall, der Gehweg als Schutzzone wurde immer mehr entwertet, sei es durch Autos die dort parken, sei es durch Radfahrer, Postler und andere, die dort verbotener Weise fahren (dass Zusteller dazu gezwungen sind, müsste man den Chefs anlasten, aber Chef-Kinder haben einen eigenen Garten). Auch die Ausstattung mit Orten, an denen Kinder spielen können, ist häufig dürftig. Aber wo sollen sie denn ihre wachsenden körperlichen und geistigen Fähigkeiten ausprobieren, Erfahrungen machen, Gleichaltrige treffen, wenn sie nirgend wo erwünscht, oder geschützt sind?
 2. Kindergarten und Schule sollten nicht mehr Verwahr-Anstalten sein, damit die Eltern die Kinder los sind, um Geld verdienen zu können, sondern sie sollten in erster Linie die Entwicklung der Kinder fördern. Die Schulen müssten dazu allerdings besser ausgerüstet sein, nicht mit Computern, sondern mit Menschen, denen die Förderung der Kinder ein Anliegen ist. Dass die Dächer der Schulen dicht sein sollten und die Bausubstanz gepflegt wird, versteht sich von selbst. Bei einer Ganztagsbetreuung besteht die Gefahr, dass Kinder keine Freiräume mehr bekommen, um Erfahrungen zu machen. Dafür bräuchte es in größeren Orten auch Jugendhäuser für die Älteren

und Vereine, in denen sie sich einbringen können. Wenn heute in Städten nach der Jugend-Sozial-Arbeit, nach Streetworkern gefragt wird, oder nach Video-Überwachung, weil man Randalen vermeiden will, dann greift das zu spät, weil dann die jungen Menschen sich schon falsch (im Sinne der Gemeinschaft) entwickelt haben können.

3. „Die geheimen Verführer“ nannte Vance Packard sein Werk in dem er 1957 beschrieb, wie nach dem Unbewußten in jedermann durch Psychologen und Marktforscher gegriffen wird, um so die Menschen im Sinne der Werbung zu lenken. Das dürfte durch die Digitalisierung vieler Lebensbereiche eher noch schlimmer geworden sein, denn den meisten Benutzern digitaler Medien ist nicht bewusst, warum sie etwas angezeigt bekommen und welche Absichten dahinter stecken (Nutzer an den Anbieter zu fesseln). Dabei spielen mehrere Mechanismen eine Rolle, die dazu führen, dass immer extremere Positionen angezeigt werden, was dazu führt, dass die Nutzer gegen Andere aufgewiegelt werden, wie der US-Autor Max Fisher in seinem Buch "[The Chaos Machine](#)" (Chaos-Maschine) beschreibt, für das er in mehreren Erdteilen recherchierte. 2018 war in Sri Lanka Facebook Auslöser von Angriffen auf Muslime, bis die Regierung den Dienst abschaltete. Ab diesem Augenblick kehrte wieder Ruhe ein und der Mob, der Muslime angegriffen hatte, ging nach Hause. Fisher erklärt auch, weshalb immer mehr Menschen den Eindruck haben, sie kämen nicht mehr mit: Die Zahl der Beiträge in diesen so genannten „Sozialen Medien“ verdoppelt sich, aber die Zeit, die der einzelne Mensch dafür aufwenden kann, fast nicht. Drum erscheint die digitale Welt immer unübersichtlicher. Wenn die Menschen aber durch diese Medien immer unsicherer gemacht werden, dann wollen sie, dass jemand kommt und das ganze Kuddelmuddel wieder in einer Ordnung verwandelt. Wer das verspricht – und es sind meist Antidemokraten – kann Wahlen gewinnen. Nach Fisher spielt dabei die Empörung, also das Gefühl anderen überlegen zu sein und zu den Guten zu gehören, eine wichtige Rolle. Indem man sich über Andere empört, meint man die eigene Gruppe zu festigen, was Jahrtausende lang für das Überleben wichtig war. Aber durch die Rechenverfahren, die im Hintergrund laufen – und die niemand mehr wirklich versteht, geschweige denn beherrscht – wird man unbewusst Gruppen zugeordnet und bekommt entsprechende Informationen, die dann sogar bis zu Gewalt gegen Andere (siehe Sri Lanka) führen können. Das bedeutet am miserablen Zustand der Welt sind einige Technikfirmen (Google, Facebook / Meta und deren Tochterfirmen) ganz erheblich schuld, weil sie ein Experiment gestartet haben, dessen Ausgang ungewiss ist, aber sehr wahrscheinlich (wegen der Entropie) im Chaos enden dürfte. Dahinter steckt die Vorstellung der Macher, dass alles Soziale nur ein Problem für Ingenieure sei, also mit technischen Mitteln gelöst werden könne. Die Gefährlichkeit der Digitalisierung ist den meisten Menschen viel weniger klar, als wenn ihnen ein Tiger entgegen kommt, weil sie den Tiger als Gefahr erkennen, die Digitalisierung aber gar nicht einschätzen können.

Wenn man den Niedergang der Demokratien aufhalten will, wird man sich bei der Nutzung digitaler Angebote sehr zurück halten müssen, aber viel mehr Geld und Kraft in Bildung und Ausbildung, sowie in Transparenz stecken müssen.